

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Alle WaldbesitzerInnen in Zeiten der Klimakrise weiter unterstützen - Rücknahme des 10-ha-Erlasses

Besitzen private EigentümerInnen und Kommunen Waldflächen mit einer Flächengröße über 10 ha, sollen sie nach dem „Erlass Dienstleistungen nach §28 LWaldG Brandenburg“ ab dem Jahr 2020 keine Dienstleistungen durch fachkundige staatliche FörsterInnen erhalten können.

Ein Verfahren des Bundeskartellamtes gegen das Land Baden-Württemberg aufgrund von gemeinsamer Vermarktung von Rundholz aus Staats-, Privat- und Kommunalwäldern sowie der Erbringung forstlicher Tätigkeiten im Körperschafts- und Privatwald durch staatliche FörsterInnen liefert die Grundlage für diesen Erlass. Allerdings wurde der Kartellspruch im Juni 2018 durch den Bundesgerichtshof aufgehoben.

Im §46 des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) wird der Zugang für alle WaldbesitzerInnen zu forstlichen Dienstleistungen geregelt, sofern eine Trennung zur wirtschaftlichen Holzvermarktung erfolgt. Eine Sicherstellung der Beratung und Anleitung der WaldbesitzerInnen sowie die Erbringung entgeltpflichtiger Dienstleistungen durch die untere Forstbehörde zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Privat- und Körperschaftswaldes, die den gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald gerecht wird, ist in §28 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) festgehalten.

Der Landtag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- den „Erlass Dienstleistungen nach § 28 LWaldG Brandenburg“ zurückzunehmen, um die Entscheidungsfreiheit aller EigentümerInnen von Privat- und Körperschaftswald in Bezug auf entgeltpflichtige Dienstleistungen unabhängig von der Größe des Flächenbesitzes sowohl in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen als auch für nicht in Zusammenschlüssen Organisierten zu gewährleisten.
- alle BesitzerInnen von Privat- und Körperschaftswald bei der Waldbewirtschaftung und insbesondere bei der Anpassung an die Klimakrise zu unterstützen, um so der sozialen Verantwortung, den ökologischen Verpflichtungen und dem Gemeinwohl gerecht zu bleiben.
- zu prüfen ob die Erbringung von Dienstleistungen durch Private flächendeckend möglich ist und wie eine Steuerung der forstlichen Maßnahmen ggfs. gewährleistet werden kann (Marktanalyse).

Eingegangen: 02.04.2019 / Ausgegeben: 05.06.2019

Begründung:

Aufgrund der Klimakrise steht die Waldwirtschaft vor immensen jahrzehntelangwährenden Herausforderungen, denn mit der Änderung des Klimas verändern sich auch alle weiteren Standortfaktoren. Beispielsweise wird in der Vegetationszeit immer weniger Wasser zur Verfügung stehen, Schädlingskalamitäten und Waldbrände werden verstärkt auftreten, Extremwetterereignisse sich häufen. Eine nachhaltige Pflege und Entwicklung des Brandenburger Privat- und Körperschaftswaldes, gesetzlich geregelt und, wenn gewünscht, frei wählbar begleitet und durchgeführt von staatlichen oder privaten SpezialistInnen, ist für das Land von hoher Relevanz, da über die Hälfte der Waldflächen in privatem und kommunalem Besitz sind.

Einer Erhebung des Thünen-Instituts zufolge sind Beratung und Betreuung durch staatliche Organisationen bei PrivatwaldbesitzerInnen etabliert¹. WaldbesitzerInnen vertrauen eher staatlichen SpezialistInnen. Gründe sind bspw. die Gebietskenntnis und die als sehr gut wahrgenommene Ausbildung. Auch stellen staatliche FörsterInnen nach Auffassung der WaldeigentümerInnen die Gemeinwohlleistungen wie Natur- und Klimaschutz, Erholung und Waldpädagogik bei der Bewirtschaftung der Wälder in den Vordergrund.

In Brandenburg sind von den insgesamt 1.097.759 Hektar Wald etwa 57 % in privatem Besitz und 7 % Körperschaftswald. Vom Ausschluss von Beratungsleistungen durch staatliche FörsterInnen durch den „Erlass Dienstleistungen nach §28 LWaldG Brandenburg“ sind etwa 6.040 private WaldeigentümerInnen und rund 265 EigentümerInnen von Körperschaftswald² betroffen. Diese besitzen zusammen allerdings 59 % der Flächen des Privatwaldes und 98 % der Flächen des Körperschaftswaldes.

Der Landesregierung liegen aktuell keine Daten darüber vor, ob eine vollumfängliche Unterstützung bei der Bewirtschaftung und die Erbringung von Dienstleistungen für betroffenen WaldbesitzerInnen durch den freien Markt möglich ist³. Diese wären außerdem ungesteuert. Und ob diese flächendeckend erfolgen können, ist ebenfalls nicht bekannt.

Seit Jahren werden forstliche Zusammenschlüsse gefördert. Durch diese können Klein- und KleinstwaldbesitzerInnen Waldflächen gemeinsam bewirtschaften. Mit dem Erlass würde allerdings WaldbesitzerInnen von mehr als 10 ha aus diesen Zusammenschlüssen die staatliche Betreuung versagt. Da die Waldstücke selten als eine zusammenhängende Fläche vorliegen, sondern eher kleine Splitterflächen in Summe den Waldbesitz ausmachen und dementsprechend über die Flächen verteilt liegen, werden mit dem Erlass Bemühungen der letzten Jahre zum Teil konterkariert. Gewachsene Strukturen werden erschüttert. Auch werden Befürchtungen wie Auflösungen von Gemeinschaften und eine stärkere Zentralisierung von Waldeigentum laut. Wie die Teilung der Bewirtschaftung ggfs. verwaltungstechnisch gelöst werden kann, ist bisher offen.

Hinzu kommt, dass größere Flächen als Ausgangspunkt für die Durchführung forstlicher Maßnahmen fungieren; kleinere Flächen schließen sich an. Diese Ankerfunktion entfällt durch den angedachten Erlass nun bei der Durchführung von Dienstleistungen durch staatliche FörsterInnen.

¹https://www.waldbefragung.de/fileadmin/waldbefragung/vortraege/180111_Vortrag_3_TI_public.pdf

²<https://mlul.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Daten-Forst.pdf>

³https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_10800/10829.pdf

Mit der Aufhebung des Kartellspruches durch das BGH ist zudem der Grund weggefallen bzw. durch die Trennung von Beratung und Vermarktung kein Bedarf für eine Regelung gegeben. Außerdem fallen für das Land keine Kosten für die Erbringung der Dienstleistungen durch staatliche FörsterInnen an, da die Kosten vollständig und marktkonform durch die WaldbesitzerInnen übernommen werden. Nach Angaben der Landesregierung entfielen 47 % der erbrachten Dienstleistungen auf WaldbesitzerInnen mit einem Eigentum von mehr als 10 ha. Diese Mittel refinanzieren Stellen staatlicher FörsterInnen und würden entfallen. Befürchtungen zufolge, könnten sich gerade im ländlichen Raum die Reviere vergrößern, was Probleme wie das Erkennen und Bekämpfen von Schädlingsskalamitäten und klimabedingter Schäden sowie den Verlust des Bezuges zu allen Teilen eines Revieres weiter verschärfen wird.